

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Postanfragen, Poständerungen und Geschäftsstellenwechselungen entgegen. Im Krieg oder sonstiger Verhältnisse bedingt kein Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung über Kündigung des Bezugspreises. — Abkündigung eingeleiteter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Formio beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8-spaltige Raumzeile 20 Kpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Kpf. Die 2-spaltige Reklameweile im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Kpf. Anzeigen für die Wichtigkeit der Sache eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 275 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postkod.: Dresden 2640

Donnerstag, den 24. November 1932

## Umwege.

Wenn später ein besseres Licht auf die bewußt der großen Öffentlichkeit gegenüber recht dunkel gehaltenen Pfade der innenpolitischen Krise fällt, die am 17. November nach außen hin als Tatsache sichtbar wurde, dann wird es immer noch reichliche Mühe kosten, den Umwegen und Verschlingungen, dem Hin und Her nachzuspüren und nachzugehen, — obwohl zwischen dem Arbeitsraum des Reichspräsidenten und dem Standquartier Hitlers im „Kaiserhof“ der Weg recht kurz ist! Um so weiter entfernt scheinen die beiderseitigen Standpunkte auseinanderzutreten, denn immer wieder wurde die Übermittlung der offiziellen Antwort des nationalsozialistischen Führers an den Reichspräsidenten hinausgeschoben, jene Antwort als auf den Auftrag Hindenburgs, festzustellen, ob es Hitler als dem Führer der stärksten Partei gelingen würde, eine sichere, arbeitsfähige Reichstagsmehrheit mit einem „einheitlichen Arbeitsprogramm“ unter einer von Hitler geführten Regierung zusammenzubringen. Für die künftige Politik einer solchen Regierung hatte der Reichspräsident seinerseits bestimmte außen-, innen- und wirtschaftspolitische Richtlinien festgelegt.

Im Laufe des Dienstags und des Mittwochs schien immer deutlicher zu werden, daß der nationalsozialistische Führer eine „sichere arbeitsfähige Reichstagsmehrheit“ nicht zusammenbrachte. Direkte Verhandlungen zwischen ihm und den anderen für eine solche Mehrheit etwa in Betracht kommenden Parteiführern haben allem Anschein nach nicht stattgefunden. Ob wenigstens der Versuch gemacht wurde, ein „einheitliches Arbeitsprogramm“ — immer mit den Richtlinien Hindenburgs als Ausgangspunkt — zu formulieren, also die ganze Geschichte sozusagen vom sachlichen und nicht zuerst vom „parteilichen“ Standpunkt anzupacken, entzieht sich vorläufig noch einer wirklich sicheren Kenntnis der Öffentlichkeit.

Immerhin ließ sich aus den Andeutungen des amtlichen nationalsozialistischen Parteiorgans, aus den Rückfragen Hitlers bzw. den Antworten des Reichspräsidenten darauf — auch hierüber gab es nur Andeutungen, nichts Neues zu hören —, aus den eifrig ausgeprägten Versuchen und Besuchen doch allmählich ersehen, daß die Dinge nach einer anderen Richtung zu laufen begannen. Schon die Antwort des Staatssekretärs Weizsäcker an Hitler, der Gedanke einer Präsidialregierung schließt es aus, daß diese von dem Führer einer politischen Partei gebildet werde, ließ ahnen, daß bei Hitler und seiner Umgebung der Gedanke oder der Versuch ausgegeben würde, eine ausreichende parlamentarische Basis für ein „Mehrheitskabinett“ zu suchen und zu finden. Statt dessen schien man sich dem anderen Teil des Auftrages an Hitler zuzuwenden, dem „Arbeitsprogramm“, und hier vorerst nur nach der rein grundsätzlichen Seite hin, also der des Präsidialkabinetts. Dieses sollte zwar nicht die Mehrheit, aber doch eine starke Mehrheit im Reichstag und noch stärkere Stützen außerhalb parlamentarischer Art besitzen. Und es hätte selbstverständlich auch die Richtlinien Hindenburgs zu den seinen zu machen. Um nach dieser Richtung hin den erwarteten „negativen“ Teil der Antwort Hitlers — Ausdruckslosigkeit für die Betrauung mit der Bildung einer Mehrheitsregierung mit Präsidialbindungen — „positiv“ zu ergänzen, sei nun, so erzählte man sich, die Verantwortung des eigenlichen Auftrages immer weiter hinausgeschoben worden. Das geschah, obwohl Staatssekretär Dr. Weizsäcker den Führer der Nationalsozialisten ersucht hatte, bis Dienstagabend nun endlich mitzuteilen, ob er den ihm gewordenen Auftrag habe durchführen können oder nicht.

Selbstverständlich wurde dieser Gang der Dinge von einer wahren Flut richtiger und falscher Meldungen, Tendenznachrichten oder zurechtfindenden Beobachtungen umspült. Man führte irre oder wurde irreführt, obwohl doch die tatsächliche Entwicklung sich bestenfalls nur sehr langsam etwas deutlicher von dem wirren und unumstößlichen Hintergrund abheben kann. Muß doch vorerst überhaupt Hindenburg nach Eintreffen der Antwort Hitlers über diese selbst seine Entscheidung treffen. Und davon hängt es ab, welches der Fortgang dieser Krise sein wird. Seitdem die Verhandlungen des Reichskanzlers Papen mit den Parteiführern abgebrochen und seine Demission vom Reichspräsidenten angenommen wurde, hat dieser selbst die Führung in den darauffolgenden Tagen in der Hand behalten. Und daher liegt in diesen Händen auch die weitere hoffentlich bald die letzte Entscheidung über das Ende der Krise.

## Die Einigungsversuche in der nationalen Front.

Der in Berlin eingetroffene Herzog von Coburg hatte eine längere Besprechung mit dem Führer der NSDAP. über die politische Lage. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß er sich bei dieser Besprechung stark für die Wiederherstellung der Harzburger Front eingesetzt hat. Auf Grund der Besprechung zwischen dem Herzog und Adolf Hitler wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß es nunmehr auch zu einer weiteren Fühlungnahme innerhalb der nationalen Lager kommt.

## Noch keine Entscheidung über Hitlers Vorschläge.

### Die Denkschrift der Nationalsozialisten.

Was Hitler Hindenburg antwortet.

Das Antwortschreiben Hitlers an Hindenburg ist am Mittwochabend kurz nach 6 Uhr dem Büro des Reichspräsidenten übermittelt worden.

Alle politischen Kreise, die die einzelnen Phasen zur Behebung der Kabinettskrise mit größtem Interesse verfolgen, wurden auch am Mittwoch auf eine harte Folter gespannt. In der Hauptsache war man begierig zu erfahren, ob Hitler bereits auf das Schreiben des Staatssekretärs des Reichspräsidenten, Dr. Weizsäcker, geantwortet habe, indem die von dem Führer der Nationalsozialisten gewünschten Aufklärungen über die Regierungsbildung durch Hitler gegeben wurden, und weiter, welchen Inhalt das Schreiben Hitlers hatte.

Die Übergabe der Antwort Hitlers verzögerte sich auch am Mittwoch immer wieder. Zuerst hieß es, daß man am Mittwochmittag mit der Übergabe der Antwort rechnen könne, dann war sie für 3 Uhr nachmittags in Aussicht gestellt, um schließlich abermals verschoben zu werden.

Der Grund für diesen mehrmaligen Aufschub dürfte darin zu suchen sein, daß die Antwort, die der Führer der Nationalsozialisten dem Reichspräsidenten geben sollte, nicht in einem einfachen Brief niedergelegt, sondern in einer umfangreichen Denkschrift gegeben würde.

An dieser Denkschrift, deren Entwurf bereits am Dienstagabend in Angriff genommen worden ist, während Hitler in der Staatsoper weilte, arbeiteten vor allem Dr. Frick, Dr. Goebbels und Gregor Strasser. Man hat bei der Fertigstellung dieser Denkschrift wiederholt Änderungen vorgenommen, nachdem man noch am Mittwoch sich mit Staatssekretär Dr. Weizsäcker telephonisch in Verbindung gesetzt hatte.

Wiel beachtet wurde in politischen Kreisen die Nachricht, daß ein

Empfang des Herzogs von Coburg beim Reichspräsidenten

im Laufe des Mittwochs stattgefunden habe. Herzog Eduard von Coburg ist Mitglied der Nationalsozialistischen Partei und gehört zum engeren Freundeskreis Hitlers. Es wurde behauptet, daß er mit dem Reichspräsidenten über die Regierungsbildung und über eine Vermittlung zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen gesprochen habe.

Hierzu wird noch bekannt, daß offizielle Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen bisher noch nicht stattgefunden haben, ebensowenig Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und der Deutschen Volkspartei. Dagegen soll von nationalsozialistischer Seite aus bereits Fühlung mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei genommen worden sein.



Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha.

## Hitlers Vorschlag:

Präsidialkabinett unter seiner Führung.

Geführt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten.

Das Antwortschreiben Adolf Hitlers ist nicht an den Reichspräsidenten, sondern wiederum an den Staatssekretär Weizsäcker gerichtet. Das Schreiben, das, wie auch aus der amtlichen Mitteilung hervorgeht, im ersten Teil die Ablehnung des Auftrages in der

vom Reichspräsidenten gewünschten Form darstellt, enthält in seinem zweiten Teil positive Anregungen, die im wesentlichen in dem Vorschlag der Betrauung Hitlers mit der Führung des Reichskabinetts gipfeln, wobei jedoch, wie von nationalsozialistischer Seite verlautet, den sonstigen Bedingungen des Reichspräsidenten, soweit sie sich nicht auf die Forderung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung beziehen, weitestgehend Rechnung getragen wird.

Das würde praktisch bedeuten, daß Adolf Hitler die vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragene Führung des Kabinetts als solche durch ihn, Hitler selbst, in Vorschlag bringt, die übrigen Mitglieder des von Hitler geführten Kabinetts sich jedoch ebenso auf das Vertrauen des Reichspräsidenten stützen und nicht von Parteien gestellt werden sollen.

Man glaubt in unterrichteten Kreisen, daß die Verhandlungen weitergehen werden, jedoch nicht in Fortführung des bisher geführten Briefwechsels.

## Die amtliche Mitteilung über Hitlers Absage und Gegenvorschlag.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Antwort Adolf Hitlers auf das gestrige (Dienstag) Schreiben des Staatssekretärs Weizsäcker wurde heute (Mittwoch) 18.30 Uhr nachmittags durch den Reichstagspräsidenten Göring dem Staatssekretär Weizsäcker übergeben. Der 7½ Seiten umfassende Brief enthält mit ausführlicher Begründung die Erklärung, daß Hitler dem vom Herrn Reichspräsidenten an ihn gerichteten Ersuchen, festzustellen, welche Möglichkeit und unter welchen Bedingungen er eine sichere arbeitsfähige Mehrheit mit festem, einheitlichem Arbeitsprogramm für eine von ihm geführte Regierung finden würde, nicht entsprechen könne. Mit dieser Absage verbindet Herr Hitler einen Gegenvorschlag, der zur Zeit dem Herrn Reichspräsidenten zur Prüfung vorliegt.

## Eine Erklärung der Reichspressestelle der NSDAP.

Die Antwort Hitlers bringt, wie die Reichspressestelle der NSDAP. mitteilt, unter eingehender Begründung zum Ausdruck, daß Adolf Hitler den vom Reichspräsidenten übergebenen Auftrag einer rein parlamentarischen Lösung der Regierungskrise nicht übernehmen könne, weil er in Verbindung mit den gemachten Vorbehalten innerlich und durchführbar sei.

Angesichts der trostlosen Lage unseres Vaterlandes, der immer steigenden Not und der Verpflichtung für jeden einzelnen Deutschen, sein Bestes zu tun, damit Volk und Reich nicht im Chaos versinken, habe Adolf Hitler dem Herrn Reichspräsidenten einen klar umrissenen Vorschlag unterbreitet, durch den in kürzester Frist die Regierungskrise gelöst werden könne. Der Vorschlag schließt mit dem Versprechen Adolf Hitlers, bei seiner Annahme sowohl seine Person als auch seine ganze Bewegung für die Lösung der Regierungskrise und damit für die Errettung des Vaterlandes einzusetzen.

## Die nationalsozialistische Führung einig.

Reichstagspräsident Göring, die Reichstagsabgeordneten Frick, Dr. Goebbels und Strasser sowie Stabschef Röhm veröffentlichten folgende Erklärung:

„Wie seit Bestehen der NSDAP., besonders in politisch erregten Zeiten üblich, veröffentlicht die gegnerische Presse auch jetzt wieder in verschiedenartiger Aufmachung aus der Luft gegriffene Zweckmeldungen über angebliche Unstimmigkeiten innerhalb der nationalsozialistischen Führerschaft. Um diesem in seiner Absicht leicht erkennbaren, dem Bunschild der Gegner Rechnung tragenden Geschwätz ein für allemal ein Ende zu machen, erklären die Unterzeichneten, einig in unerschütterlicher Gesinnung zum Führer der Bewegung, daß sie es für unter ihrer Würde halten, in irgendeiner Form auf solche Lügen künftighin noch einmal einzugehen.“

## Der Stand der Verhandlungen.

Es liegt nun wieder völlig beim Reichspräsidenten, in welcher Form sich nach dem Antwortschreiben Adolf Hitlers die Verhandlungen über die Regierungsbildung weiterhin vollziehen sollen. Die von zuständiger Stelle erklärt wird, sei der Reichspräsident gewillt, eine Lösung zu finden. Er halte aber auch jetzt noch daran fest, daß gemäß seiner Rücksprache mit den Parteiführern